Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 75 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 576. Halle, Dienstag, den 9. Dezember 1919. Einzelpreis 15 Pfg.

Erfreuliche Steigerung der Kohlenförderung.

Berlin, 9. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Die deutsche Kohlenförderung hat, pro Tag und Stunde gerechnet, bereits den Friedensstand erreicht. Daß die geförderte Gesamtmenge noch nicht dem Friedensstand entspricht, ist lediglich darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Arbeitsstunden vermindert wurde. Eine großzügige Neueinstellung von Bergleuten ist im Gange und wird auch diesen Ausfall wettmachen.

Neue Verkehrssperre in Aussicht?

Berlin, 9. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, besteht neuerdings wieder die Aussicht auf eine teilweise Verkehrssperre in Deutschland, da die Eisenbahnverwaltung eine günstigere Handhabung des Gütertransportes bei günstigem Material versprechen zu können glaubt.

Wie wir weiter erfahren, ist mit der Einführung einer allgemeinen Arbeitsruhe in Deutschland während der Weihnachtswoche voraussichtlich nicht zu rechnen.

Die Kundgebung für die Kriegsgefangenen verschoben.

Berlin, 9. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die für heute geplante Kundgebung der Nationalversammlung zugunsten unserer Kriegsgefangenen findet nicht statt, da die Note der Entente bis zur Stunde noch nicht vorliegt. Reichsminister des Auswärtigen, Müller, hat dadurch keine Möglichkeit, seine beabsichtigte Rede zu halten. Aus diesem Grunde ist von der ganzen Kundgebung vorläufig abgesehen worden, und die Sitzung der Nationalversammlung beginnt sofort mit der Tagesordnung, die für die Sitzung des heutigen Tages vorgesehen war, mit der Beratung des Reichsnotopfers.

Bonar Law über die deutsche Verfassung.

Amsterdam, 9. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Einer Reutermeldung von London zufolge antwortete Bonar Law auf eine Anfrage im Unterhause: Die gegenwärtige deutsche Verfassung bestimmt, daß Deutschland eine Republik sei, so daß die Herrschaft der Hohenzollern unmöglich ist. Wenn aber durch die Deutschen nach der Ratifikation des Friedensvertrages die Verfassung geändert werden soll, dürfte das nur mit Einverständnis der Alliierten geschehen.

Die englische Regierung will die Maßnahmen gegen Deutschland unterstützen.

Rotterdam, 9. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Dem „Daily Telegraaf" zufolge kehrte Lloyd George Sonnabend abend von Manchester nach London zurück. Kurz danach habe er wichtige Konferenzen gehabt mit verschiedenen Mitgliedern des Kabinetts über die durch Deutschlands Zögerung mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages geschaffenen Lage. Die englische Regierung habe die Absicht, alle notwendigen Maßnahmen kräftig zu unterstützen. Man glaubt in offiziellen Kreisen allgemein, daß Deutschland bald seine Politik der Ausflüchte aufgeben wird, da man den festen Entschluß der Alliierten erkennen wird, als letztes Hilfsmittel strenge Maßnahmen zu ergreifen, um die Unterzeichnung zu erzwingen. Lloyd George werde heute im Ministerrat präsidieren.

Zusammentritt der neuen französischen Kammer.

Paris, 8. Dez. Die neugewählte französische Kammer ist heute nachmittag zusammengetreten. Die elsaß-lothringischen Deputierten hielten nach der Eröffnung in corpore ihren Einzug, bei dem sich sämtliche Abgeordnete erhoben und ihnen Beifall klatschten. In seiner Begrüßungsansprache feierte der Alterspräsident die Rückkehr von Elsaß und Lothringen in die Kammer als Kennzeichen einer neuen Aera in der Geschichte Frankreichs. Hierauf verlas namens der elsaß-lothringischen Regierung Abgeordneter Dr. Francois eine Erklärung. Im Namen der Regierung begrüßte sodann Ministerpräsident Clemenceau die „Brüder von Elsaß und Lothringens" und erinnerte an die „notwendige Organisation des Friedens", die erfolgen müßte. Das Werk warte nur, „auf den Arbeiter".

In seiner Erklärung wies der Deputierte Dr. Francois namens der elsaß-lothringischen Abgeordneten auf den feierlichen Protest der Elsaß-Lothringer gegen die beiden Provinzen Elsaß und Lothringen in der Nationalversammlung zu Bordeaux am 17. Februar 1871 hin. Jetzt schmiedeten die elsaß-lothringischen Abgeordneten die Kette der historischen Ueberlieferung wieder zusammen. Die Erklärung schloß mit dem Ausdruck der Befriedigung „über die Rückkehr zu Frankreich" und den Dank an die französische Nation und die Alliierten „für die Befreiung der beiden Provinzen."

Diese Erklärung des Herrn Dr. Francois ist nichts anderes als bestellte Arbeit Clemenceaus. Denn aus den Vorgängen in Elsaß-Lothringen wissen wir, daß die Stimmung in den „befreiten Provinzen" eine ganz andere ist, als wie sie hier zum Ausdruck gebracht wurde. Elsaß-Lothringen will selbständig sein und seine Freiheiten nicht aus französischer Hand empfangen.

Clemenceaus Rede in der neuen Kammer.

Paris, 9. Dez. In der von Havas verbreiteten Rede Clemenceaus anläßlich der Eröffnungssitzung der neuen Kammer heißt es u. a.: Ihr Elsaß-Lothringer, deren Anwesenheit unter uns so viel Freude nach so viel Trauer erweckt, seid Zeugen und Bürgen dafür, daß trotz der natürlichen und heilsamen Meinungsverschiedenheiten der dauernde Bestand Frankreichs gewährleistet wird durch das nationale Zusammenhalten aller Franzosen. Der heutige Festtag trägt nicht den Charakter eines raschen Glückwechsels. Es ist nötig, daß seine Lehre in Zukunft in täglichem Aufeinanderprallen der Geister diese Kämpfe überragt. Wir müssen nun alle Kraft und alle Energie entfalten, wie sie die Weltgeschichte noch nie gesehen hat, es sei denn in Unternehmungen der Gewalt. Unser Augenmerk wird darauf gerichtet sein, die Politik eines jeden, wer es auch sei, der die Aufrechterhaltung der Organisation des Friedens bedroht, zunichte zu machen. Ihr, die Ihr von Frankreich auf die Sitze abgeordnet seid, um Verantwortung zu übernehmen, Ihr, die Ihr von unseren Soldaten und Bürgern berufen seid, um die Aufgaben zu lösen, die ihren Sieg vervollständigen müssen, keine Erschlaffung, kein unnötiger Zwist. Frankreich will wieder aufgebaut sein. Ans Werk!

Vor der Entscheidung.

Clemenceaus Blatt „Homme libre" meldet, daß Verhandlungen der Alliierten mit Deutschland über den 15. Dezember hinaus nicht fortgesetzt würden.

Wie ferner der Lyoner „Progrès" aus Paris meldet, nahm an der Sonnabend-Sitzung des Obersten Kriegsrates auch der italienische Generalstabschef teil. Es seien endgültige militärische Beschlüsse gegen Deutschland bis Sonnabend abend nicht gefaßt worden. Eine Sitzung des französischen Gesamtministeriums unter dem Vorsitz Clemenceaus sollte am Sonntag vormittag stattfinden.

Aus Washington wird noch gemeldet: „New York Times" berichten aus Paris, daß die englische Regierung auf Vorstellung der amerikanischen Delegation Neigung zeige, ihre Forderung bezüglich der Scapa Flow-Angelegenheit (Auslieferung der 400 000 Tonnen schwimmenden deutschen Schiffsmaterials) zu ermäßigen.

Im Falle mündlicher Verhandlung.

Berlin, 9. Dezember. Bereits vor einigen Tagen, schreibt die „D. Allgem. Ztg.", ist der Versuch gemacht, in Paris festzustellen, wann eine Beantwortung der Mitteilung des deutschen Vertreters vom 1. Dez. zu erwarten sein wird. Bei dem großen Wert, den die alliierten Regierungen ebenso wie Deutschland auf eine schnelle Inkraftsetzung des Friedensvertrages legen, sei anzunehmen, daß diese Antwort bald erfolgen werde. Für den Fall, daß es zu weiteren mündlichen Verhandlungen komme, bestehe die Absicht, neben Herrn von Simson auch einen Delegierten aus den Hanfastädten zu entsenden, der darüber Aufschluß geben könne, welche Wirkung die Abgabe der verlangten 400 000 Tonnen Hafenmaterial auf das deutsche Wirtschaftsleben ausüben würde.

Radek noch in Berlin.

Berlin, 9. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Die Abreise Radeks hat sich entgegen der offiziösen Mitteilung von seiner schon erfolgten Fahrt nach Dorpat bisher noch nicht bewerkstelligen lassen. Radek befindet sich noch in Berlin und wohnt bei einem Freunde in einem westlichen Vorort. Die strenge Bewachung durch Kriminalbeamte, die in der letzten Zeit angeordnet war, ist aufgehoben worden, und lediglich zum persönlichen Schutz ist dem russischen Agitator noch eine Begleitung von Kriminalbeamten beigegeben worden. Auch von Rosen ist bisher eine Erlaubnis zur Einreise für Radek nicht zu erlangen gewesen.

Die Durchführung der Diktatur.

„Revolution in Permanenz."

ABC. Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. der Kommunistischen Partei, die sich der Hamburger Opposition angeschlossen hat, gibt ein Flugblatt heraus, das der Spaltung im Kommunismus gewidmet ist und interessante Darlegungen macht über den Unterschied zwischen der Berliner Zentrale und Opposition. Auch wie sich diese Opposition die Durchführung der Diktatur des Proletariats denkt, wird dort ausführlich dargelegt. Es wird da ausgeführt: Diktatur sei Gewaltherrschaft, bisher habe die Bourgeoisie die Diktatur ausgeübt, nach dem Siege des Proletariats werde die proletarische Diktatur für kürzere oder längere Zeit einsetzen. Sie stelle die Organisation der staatlichen Machtmittel zur Sicherung der Revolution dar, eine Revolution in Permanenz, gerichtet gegen den Widerstand und die Wiederauflebungsversuche der Gegenrevolution. Je stärker diese sei, desto länger und rücksichtsloser werde die Diktatur sein. Entwaffnung der Offiziere, der Bourgeoisie und der Reichswehrtruppen, Bewaffnung des revolutionären Proletariats, Schaffung Roter Garden, Entrechtung der Bourgeoisie, Unterdrückung ihrer Presse, Beseitigung ihrer Bürokratie, ihrer Polizei, ihrer Gesetzbücher, ihrer Gerichte, Aufrichtung der Räteherrschaft, Einsetzung von Revolutionstribunalen usw. — das etwa seien die wichtigsten Akte und Erscheinungsformen der proletarischen Diktatur.

Nun aber entsteht die Frage: Wer soll die Diktatur ausüben: die Kommunistische Partei oder die proletarische Klasse? Um diese Frage zu beantworten, führt das Flugblatt aus: „Revolutionen werden immer von Minderheiten gemacht, sicher stets von Minderheiten geführt. Auch die kommunistische Bewegung innerhalb der deutschen Revolution ist eine Minderheit. Noch viel mehr die Kommunistische Partei. Im Falle des Sieges würde sich also eine kleine Minderheit als Regierungspartei in den Sattel setzen. Um sich zu halten, würde sie zur Diktatur greifen, und diese Diktatur, vollstreckt gegen alle Organe und Tendenzen der Gegenrevolution, würde sich unvermeidlich nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen erhebliche Teile des Proletariats richten." Es wird dann darauf hingewiesen, daß Millionen von Arbeitern noch zur Gegenrevolution zählen, so die Gewerkschaften, die katholischen Arbeiter und die Landproletarier. „Gegen sie alle würde sich, ja müßte sich die Diktatur der kommunistischen Parteiherrschaft mit ihrer ganzen Stärke richten. Dadurch aber werden große Teile des Proletariats zur Feindschaft gegen die kommunistische Regierung aufgestachelt und in dauernden Gegensatz zu ihr gebracht. Die Sammlung des Proletariats zur Klasse wird verhindert. Steht aber nicht das zur Klasse geeinte Proletariat geschlossen hinter der Kommunistischen Partei, so vermag sich diese auf die Dauer nicht zu halten. Sie unterliegt schließlich dem gegenrevolutionären Ansturm der Bourgeoisie von außen und der Empörung der durch die Diktatur geknechteten, zum Klassenbewußtsein noch nicht erweckten Klassen, — deren Erziehung eben durch die Diktatur verhindert wurde. So bricht die kommunistische Parteiregierung wieder zusammen."

„Eine kommunistische Partei, die mit der Möglichkeit rechnen muß, daß sie früher oder später zur Herrschaft kommt, kann nur zwei Wege einschlagen. Entweder sagt sie sich: Weil die Basis der Kommunistischen Partei für die Regierung zu klein, zu schmal ist, muß beizeiten eine Koalition mit benachbarten Parteien angebahnt werden. Das ist der eine Weg. Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands ist im Begriffe, diesen Weg zu beschreiten. Ihr benachbart und in der Anwartschaft auf die Regierung ihr nahestehend ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Mit ihr sucht sie in ein Verhältnis zu kommen. Und aus dieser Tendenz zieht sie das Leitmotiv ihrer Politik."

„Die Opposition entschied sich für einen anderen Weg. Sie ist der Meinung, daß es sich bei der Frage der kommunistischen Parteiherrschaft und Parteidiktatur nur um eine Frage der Taktik handelt. Jedenfalls stellt die kommunistische Parteiherrschaft die letzte Form aller Parteiherrschaft dar. Grundsätzlich muß die Diktatur der proletarischen Klasse erstrebt werden. Und alle Maßnahmen der Partei, ihre Organisationen, ihre Kampfform, ihre Strategie und Taktik sind darauf einzustellen. Demzufolge ist jeder Kompromiß mit anderen Parteien, jede Rückkehr zu der historisch und politisch erledigten Kampfform des Parlamentarismus, jede Politik Lavierens

Letzter Zeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191209030/fragment/page=0001

und Praktikers mit aller Entschiedenheit abzulehnen. Das Sammelbecken aller revolutionären Elemente ist die in den Betriebsorganisationen verankerte Arbeiter-Union. In ihr finden sich alle Proletarier zusammen, die dem Rufe: Heraus aus den Gewerkschaften! gefolgt sind. Hier formiert sich das kämpfende Proletariat in breitester Schlachtreihe. Das Bekenntnis zum Klassenkampf, zum Rätesystem und zur Diktatur genügt für die Eintretung. Alles weitere, die politische Erziehung der kämpfenden Massen ist Aufgabe der Kommunistischen Partei, die außerhalb der Arbeiter-Union steht. Sie ist das Hirn der Revolution, die Arbeiter-Union der Arm, der das Schwert führt. Ist der Sieg erfochten, so verwandelt sich das Schwert in Werkzeug. Denn die Arbeiter-Union soll dann Trägerin des wirtschaftlichen Aufbaues werden."

„Zwei kommunistische Parteien stehen also jetzt einander gegenüber: eine Führerpartei, die den revolutionären Kampf zu organisieren und von oben zu meistern sucht, zu Kompromissen und Parlamentarismus bereit — und eine Massenpartei, die das Emporschlagen des revolutionären Kampfes von unten erwartet und alle parlamentarischen und opportunistischen Methoden ablehnt. Zwischen beiden Lagern bewegt sich noch eine Mittelschicht, die, im Stadium der Gärung, noch unentschlossen ist, auf welche Seite sie sich schlagen soll."

*

Dieser Aufruf ist die erste durchaus klare Zielverlegung der kommunistischen Opposition, die bisher veröffentlicht ist. Sie legt in durchaus einwandfreier Weise dar, daß die Diktatur des Proletariats nur die Diktatur einer verschwindenden Minderheit sein kann und würdigt die Gefahren, die aus einer derartigen Minderheitsherrschaft sich für den Kommunismus ergeben. Die Mittel, die das Flugblatt empfiehlt, um dieser Gefahren Herr zu werden, sind logisch geordnet und gedacht, sie sind aber ebenso problematisch, wie der ganze Streit über Klassendiktatur und Führerdiktatur. In der Praxis werden sich die Dinge ganz anders gestalten: es wird den Kommunisten nie gelingen, das ganze Proletariat in der allgemeinen Arbeiter-Union unter einen Hut zu bringen, namentlich nicht unter der Devise der Diktatur. Die Erfahrung lehrt, daß die Auffassungen innerhalb des Proletariats so grundsätzlich verschieden sind, daß sich da keine Brücken bauen lassen. Sie beruhen auf Gegensätzen in der Weltanschauung, zum Teil auch der religiösen Auffassungen. Dann aber übersieht der Aufruf die Stärke jener Macht, die die Kommunisten und Radikal-Sozialisten „Bourgeoisie" nennen. Bourgeoisie und Proletariat greifen zum Teil ineinander über. Mit der wachsenden Bedeutung der Arbeiterklasse und ihrer besseren Lebenshaltung verschwinden allmählich vollständig die Grenzlinien und das Wort Proletarier wird eine Fiktion. Die Kommunisten werden doch nicht annehmen, daß proletarisierte Bourgeois und gutgestellte Proletarier einfach Kommunisten werden? Entzöge man den breiten Schichten, die auf Erwerb und Privateigentum, auf dem Besitz von Grund und Boden eingestellt sind, diese Grundlagen ihrer Existenz, wie es der Kommunismus erstrebt, so würden die Kommunisten bald ihr blaues Wunder erleben, wie wenig Gefolgschaft sie von dort erhielten. Die Kommunisten werden immer in der Minderheit sein, eben weil der Besitz und der Erwerb von Privateigentum das lockende Ziel für jeden bedürftigen und strebsamen Menschen ist.

Optimismus in Berlin.

Berlin, 9. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, wird die Reichsregierung auf die in Aussicht stehende neue Note der Entente nun die endgültige Entscheidung über die Unterzeichnung des Pariser Protokolls treffen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die deutsche Regierung bestrebt ist, einem Konflikt aus dem Wege zu gehen.

Von gutinformierter Seite erfahren wir ferner, daß die unterbrochenen finanziellen Verhandlungen mit der Entente in aller Kürze wieder aufgenommen werden sollen. Es besteht in kompetenten Kreisen die Auffassung, daß die neuen Beratungen den Alliierten ein gänzlich neues Bild über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Deutschlands zeigen werden, die sie veranlassen dürfte, Deutschland gegenüber einen „sehr entgegenkommenden Standpunkt" einzunehmen.

Hoffentlich täuscht sich die Reichsregierung nicht in ihrem Optimismus. Oft genug schon ist es der Fall gewesen.

Kundgebung gegen die Auslieferung der 400 000 Tonnen.

Hamburg, 8. Dez. Der Deutsche Seeschiffahrtstag hat folgende Kundgebung an das Auswärtige Amt gerichtet:

Die von der Entente neuerdings geforderte Auslieferung von 400 000 Tonnen schwimmenden Materials würde die vollständige Erdrosselung der deutschen Seeschiffahrt bedeuten. Die Herausgabe der Schwimmdocks und Kräne würde den Wiederaufbau unserer Handelsflotte einfach zur Unmöglichkeit, viele Tausende von Arbeitern brotlos machen und auf die Straße treiben. Die Ablieferung der Seeschlepper, die den gesamten Seeleichterbetrieb in Mitleidenschaft ziehen würde, würde die deutsche Seehäfen in ihrem Lebensnerv treffen und weiterhin unsere ganze Küstenschiffahrt lahmlegen und Lebensmittel- wie Kohlenversorgung aufs verhängnisvollste schädigen. Die Auslieferung der Bagger wurde unweigerlich die Versandung der Zufahrtsstraßen wie der Häfen selber nach sich ziehen. Angesichts dieser geradezu katastrophalen Folgen bitten wir, des Ansinnen der Entente unter allen Umständen abzulehnen unter Hinweis darauf, daß die Erfüllung der Forderung unser Wirtschaftsleben einfach vernichten und uns außerstand setzen würde, unseren durch den Friedensvertrag übernommenen finanziellen Verpflichtungen gegen die Entente nachzukommen.

Amerikas Mahnung an Europa.

Nach einer Haager Meldung des „B. T." macht der Jahresbericht des Schatzsekretärs der Vereinigten Staaten, Glaß, folgende Ausführungen, die eine neue Bestätigung für die Zurückhaltung der amerikanischen Behörden gegen irgendwelche größeren Hilfshandlungen für Europa sind: „Das Bedürfnis in Europa nach finanzieller Hilfe", so heißt es, „ist groß. Jedoch wird die Lage sehr übertrieben. Wir müssen alle ti fes Mitleid mit den Leiden, die in Europa jetzt durchgemacht werden, fühlen. Aber wir dürfen unserem Mitleid nicht erlauben, unser Urteilsvermögen zu schwächen. Wenn wir Europas finanzielle Not übertreiben, so machen wir es nur schwieriger, ihr abzuhelfen.

Die Leute in Europa sollten wieder anfangen zu arbeiten.

Sie müssen wieder die Erzeugung in allen Industrien hinaufschrauben." Es ist sehr bemerkenswert, daß Glaß sich auch gegen zuweitgehende Valutaoperationen ausdrücklich wendet. „Ich bin gegen Schritte, auf künstlichem Wege den Kurs des Dollars in der Welt auf pari zu halten."

Deutsch-italienische Beziehungen.

Berlin, 9. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Wie hier eingetroffene Mitteilungen besagen, beabsichtigt Italien, die Beziehungen zu Deutschland unmittelbar nach Inkrafttreten des Friedens in vollem Umfange wieder aufzunehmen. Ferner dringt Italien auf sofortigen Friedensschluß mit Sowjetrußland und baldige Aufnahme Deutschlands und Rußlands in den Völkerbund.

Deutsche Gefangene in Nordafrika.

Das Zentralkomitee vom Roten Kreuz (Abteilung Flüchtlingsfürsorge) erfährt von heimgekehrten Flüchtlingen aus Marokko: In Nordafrika, hauptsächlich an der Küste, befinden sich eine Anzahl von Lagern mit deutschen Zivilinternierten, meistens wohl Besatzungen von deutschen Schiffen. So sollen in den marokkanischen Orten Casablanca gegen 400, in Meknes und Fez je etwa 200, in Mazier (Stadt) etwa 3—4000 Mann sein. In Kenitra (Marokko) scheinen etwa 100 Mann als Strafgefangene im dortigen Gefängnis untergebracht zu sein. Als unser Gewährsmann Casablanca am 30. Oktober verließ, war über die Heimbeförderung dieser Deutschen noch nichts bekannt.

Überseeischer Tabak in Deutschland.

Berlin, 9. Dezember. Wie das „B. T." sich berichten läßt, sei in Hamburg die seit 1914 ersten direkten Tabakzufuhren aus den überseeischen Produktionsländern eingetroffen und zwar 18 000 Ballen Brasil-Tabak und 275 Kisten Seebleaf. Weitere 8000 Ballen Brasil-Tabak würden noch in diesem Monat erwartet.

Was die „Freiheit" wissen will.

Berlin, 9. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Freiheit" weiß heute aller Vorbereitungen zu erzählen, die angeblich für eine Flucht des Hauptmanns v. Kessel getroffen werden. Darnach soll im Autopark Lüttwitz in Dahlem ein großes 70 HP-Auto für eine große Ueberlandfahrt vollkommen neu ausgerüstet worden sein. Ein Tank mit 300 Liter bestem Benzin ist eingebaut. 12 beste Reifenreifen sind im Wagen untergebracht und eine besondere Telefonleitung zu dem für die Steuerung des Wagens in Aussicht genommenen Chauffeur eingerichtet worden sein, um diesen sofort erreichen zu können. Das Blatt will wissen, daß Hauptmann v. Kessel wie Oberleutnant Vogel nach Argentinien fliehen wolle.

Ein Gut für Prinz Adalbert in Holland?

Berlin, 9. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der „Amsterdamer Telegraaf" auf Ameronzen meldet, sind dort Gerüchte verbreitet, daß auch für einen Sohn des Kaisers, wahrscheinlich für Prinz Adalbert, ein Landgut gekauft werden soll. Das Terrain gehört zu den Besitzungen des Grafen Bentink. Der Kaiser soll bereits verschiedentlich mit Prinz Adalbert bei der Vermessung des Grundstückes anwesend gewesen sein.

Bürger heraus!

Der Reichsbürgerrat hatte sich kürzlich in einer Eingabe an die Regierung scharf gegen die von mehrheitssozialistischer Seite unternommenen Versuche gewendet, den Posten des Potsdamer Polizeipräsidenten mit einem Gewerkschaftsbeamten zu besetzen. Auf diese Eingabe war von der Regierung die etwas unbestimmte Antwort erfolgt, daß „nicht die Absicht bestehe, Tüchtigkeit des Könnens durch Tüchtigkeit der Gesinnung zu ersetzen und daß jeder dem Amt, für das er bestimmt sei, gewachsen sein müsse". Inzwischen hat nun, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, die Regierung ihre Absicht, den bisherigen verdienten Polizeipräsidenten von Potsdam, Herrn von Zitzewitz, durch einen Gewerkschaftsbeamten zu ersetzen, aufgegeben, und Herr von Zitzewitz wird nach wie vor im Amt bleiben.

Es ist dringend zu wünschen, daß sich überall die bürgerlichen Kreise geschlossen dem verderblichen Aemterschacher entgegenstellen. Nur die geduldige Passivität des Bürgertums hatte bisher die einseitige Bevorzugung bestimmter Kreise der Bevölkerung ermöglicht. Pflicht aller ordnungsliebenden Elemente wird es sein, die Regierung in ihrem Bestreben, bei der Besetzung der Aemter strengste Sachlichkeit walten zu lassen, nachdrücklich zu unterstützen.

Für Aufbesserung der Beamtenbesoldung.

Die Mehrheitsparteien der preußischen Landesversammlung haben einen Antrag auf Beschleunigung der Besoldungsneuregelung und auf Erhöhung der Teuerungszulagen für Beamte eingebracht.

Bayerns Ministerpräsident für die deutsche Einheit.

München, 8. Dezember. Am Sonnabend sprach in Augsburg in einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei Ministerpräsident Hoffmann, wobei er nach der „Münchner Post" sich über die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen durch die Franzosen äußerte. Die Regierung habe alles getan, um die unglücklichen Volksgenossen zu befreien, aber Frankreich sei unerbittlich. Sei auch vieles in Trümmer gegangen, führte er weiter aus, eins sei uns erhalten geblieben, die deutsche Einheit. Ein vom Reiche losgelöstes Bayern werde vollständig isoliert.

Baltikumtruppen teilweise gegen die Reichsregierung.

Danzig, 8. Dezember. In Westpreußen untergebrachte Baltikumtruppen, bestehend aus Teilen der Detachements Plehwe und anderer versprengter Detachements, nehmen teilweise gegen die Regierung eine drohende Haltung ein. In einem Teil der westpreußischen Presse veröffentlichen sie eine Kundgebung, in der die Einwechslung des Bermondtgeldes verlangt wird. Eine Absage würde katastrophal sein.

Halle und Umgegend.

Halle, den 9. Dezember 1919

Der Kilian-Prozeß.

Vierundzwanzigster Tag. — Erster Teil.

Heute Dienstag werden zunächst noch einige von der Verteidigung geladene Zeugen vernommen. Zunächst der Sekretär der U. S. P.-Parteileitung Dittmann über die Art und Weise, wie die Verordnungen über die A.- und S.-Räte zustandegekommen sind und welche Aufgaben sie hatten, sowohl im Staate wie im Reiche.

Vorl.: Wie stellen Sie sich zu der Verordnung vom 23. 11. 1918, in der es heißt, daß die A.- und S.-Räte in die Verwaltung nicht einzugreifen hätten. — Zeuge: Diese Bestimmung stammt von mir, sie sollte dazu dienen, die A.- und S.-Räte zu einer entgegenkommenden Haltung zu veranlassen, aber auch zugleich eine Mahnung an die alten Beamten sein, ihr Amt weiter zu führen, jedoch nicht im gegenrevolutionären Sinne. Träger der politischen Gewalt waren die A.- und S.-Räte, sie hatten auch die Exekutivgewalt. — Der Zeuge will auf die weiteren Verordnungen und wie sie entstanden sind, näher eingehen, allein der Vorsitzende verweist ihn darauf, daß das Gericht die Verordnungen selbst vor sich habe und ein Gutachten von dem Zeugen nicht gewünscht werde. Der Verteidiger Dr. Herzfeld beantragt aber doch Beweiserhebung gerade über das Zustandekommen dieser Verordnungen, um nötigenfalls einen Revisionsgrund zu haben. Es handelt sich um die Verordnungen vom 11., 12., 16., 21 und 23. Nov. 1918. Es sei wichtig, daß die Tatsachen, die für die Entstehung dieser Verordnungen in Frage kommen, festgestellt werden. — Staatsanwaltschaftsrat Sak beantragt die Ablehnung dieses Beweisantrages. Es soll festgestellt werden, daß die Verordnungen den A.- und S.-Räten nicht nur das Kontrollrecht, sondern auch das Vollzugsrecht übertragen haben. Es kommt aber nicht darauf an, daß der Inhalt rechtswidrig ist, sondern daß ihm durch Bedrohung mit Gewalt Geltung zu verschaffen gesucht wird. Es fehle übrigens noch die wesentliche Verordnung vom 10. Dezember 1918. — Angeklagter Kilian: Es handelt sich doch auch darum, daß wir durch die Verordnung befugt waren, die Arbeiter zu bewaffnen, um die gegenrevolutionären Bestrebungen zu verhindern.

Der Gerichtshof lehnt diesen Beweisantrag ab, weil die Verordnung vom 23. Nov. 1918 das Wesentliche bestimmt. — Zeuge Dittmann führt hierauf aus, daß durch den Zentralrat zum Vollzugsausschuß die Exekutive übertragen worden war, wonach er in besonderen Fällen das Recht haben sollte, seinerseits die Exekutive auszuüben, auch ohne das Kabinett zu fragen — nötigenfalls auch mit Waffengewalt. Entsprechend dieser Verordnung hatten auch die A.- und S.-Räte in totaler Hinsicht das gleiche Recht der Exekutivgewalt. Auf die Fragen des Angeklagten Kilian bemerkt der Zeuge, daß

der hiesige A.- und S.-Rat auch das Recht zur Absetzung des Oberbürgermeisters gehabt

hätte. Die Form, unter welcher die Kontrolle ausgeübt wurde, war gleichgültig. Auch die Anwendung der Waffengewalt stand dem A.- und S.-Rat zu. Es kam darauf an, die Wirkungen der Revolution vor gegenrevolutionären Strömungen sicherzustellen. Darin waren Rechtssozialisten und Unabhängige einer Auffassung. — Angekl. Kilian: Haben Sie die Ansicht gewinnen müssen, daß die Ansicht der Staatsanwaltschaft richtig ist, daß der Arbeiterrat nicht mehr zu Recht besteht, weil er gegen die Regierung war? — Zeuge Dittmann:

Die Regierung war nur ein Ausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte.

Die A.- und S.-Räte hatten die Exekutivgewalt und hatten auch das Recht, die Behörden abzusetzen.

Nunmehr wird der Zeuge Johannes Schöning aus Leipzig vernommen. Er erzählt, daß in der Nacht zum 12. Januar mehrere Matrosen aus Halle in Leipzig ankamen und erzählten, daß in Halle Truppenunterstützung gebraucht würde. Das Sicherheitsregiment in Halle wäre durch einen Angriff der Artillerie bedroht, die ein Ultima um gestellt habe, daß am folgenden Tage bis 10 Uhr vormittags die Waffen abgeliefert werden müßten. Wenn das nicht geschähe, würde die Entwaffnung mit Gewalt vorgenommen werden. Die Leipziger möchten nach Halle schicken. Wir wollten, sagt der Zeuge, der Sache auf den Grund gehen und ich fuhr mit Dieß und Seger nach Halle, wo wir gegen 6 Uhr morgens ankamen, und nach dem alten Rathaus gingen, weil ausgesagt worden war: Der Arbeiterrat hielt hier eine Sitzung ab. Der Posten am Rathaus wies uns nach dem Gewerkschaftshaus und von hier ginnen wir nach Kilians Wohnung. Das war gegen 7 Uhr morgens. Kilian mußte geweckt werden. Das kam uns gleich sonderbar vor. Kilian sagte uns dann, daß hier gar nichts los wäre. Es wäre ganz ausgeschlossen, daß es hier zu einem Kampfe kommen werde. Man brauche auch keine Hilfe von auswärts, selbst wenn es dazu käme, dann man wäre in Halle selbst stark genug. Am Wettiner Hofe sind wir nicht gewesen.

Es kam zu Fragen und Auseinandersetzungen zwischen diesem Zeugen dem Zeugen Hartung, den Verteidigern, dem Vorsitzenden über Nebensächlichkeiten, die für die Sache nicht erheblich erscheinen. Zeuge Schöning bestreitet dem Zeugen Hartung gegenüber, daß davon gesprochen worden sei, in Lindenthal befänden sich 12 Maschinen, zu denen aber die Führer fehlten, und ebensowenig sei von der Verabredung einer Anzahl Stichwörter die Rede gewesen. Hartung bemerkt, die Hauptsache in Leipzig wäre von Franz gemacht worden. Das Fahrzeug für sein Auto, mit dem er von Leipzig wieder nach Halle gefahren sei, wäre von der Leipziger Matrosenkompagnie ausgeleast worden.

An der Fahrt der Leipziger nach Halle hatte auch der Elektromonteur Dieß teilgenommen, der als Zeuge die Vorgänge bei ihrer Fahrt und in Halle ebenso schilderte, wie Schöning. Eine Truppensendung von Leipzig nach Halle sei abgelehnt worden. Auch dieser Zeuge bestreitet, daß von 12 Flugzeugen die Rede gewesen und Stichworte vereinbart worden seien. Ebensowenig wäre von Bomben und fehlender Munition gesprochen worden. — Zeuge Schöning führt weiter Ausgabe hinzu, Hartung sei ein Brausekopf gewesen und es wäre vielleicht auch möglich gewesen, daß von Leipzig aus eine Anzahl bibliotheken Matrosen sich hätte verleiten lassen, nach Halle zu fahren. Deshalb hätte man den Leuten gesagt: niemand geht weg, bis wir wieder von Halle zurück sind. — Staatsanwaltschaftsrat Sak: Sind nicht bei Ferchland Stichwörter gefunden worden? — Zeuge Dieß: Ich glaube, daß Stichwörter gefunden worden sind.

Letzter Zeuge ist ein gewisser Sonntag, der mit Weider verschiedentlich zusammengewesen ist und da auch von Schiebergeschäften gehört haben will, die Weider ausgeführt habe. Der Zeuge ist nach dem Gewerkschaftshaus gegangen und hat dort von seinen Wahrnehmungen Mitteilung gemacht und es sind sie zu Ohren des Verteidigung gekommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191209030/fragment/page=0002